

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, Ulla Lötzer, Kornelia Möller, Dr. Herbert Schui, Dr. Axel Troost und der Fraktion DIE LINKE.

Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Jahr 2007

Im Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2006 stellt die Bundesregierung fest: Ostdeutschland ist noch immer ein Wirtschaftsgebiet mit zahlreichen strukturellen Problemen und „ein selbst tragender Aufschwung noch nicht erreicht“.

Trotzdem beabsichtigt die Bundesregierung nach dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2007 die Fördermittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Kapitel 09 02 Titel 882 81, „Zuweisungen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen“) um 100 Mio. Euro zu kürzen. De facto läuft dies auf eine Kürzung von 200 Mio. Euro hinaus, da die Länder hälftig an der Gemeinschaftsaufgabe beteiligt sind.

Die Wirtschaftsministerkonferenz forderte im Dezember 2005 den Bund auf, bei der Gemeinschaftsaufgabe nicht weiter zu kürzen. In seiner Stellungnahme zum Haushaltsgesetz 2007 vom 22. September 2006 bekräftigt der Bundesrat, dass er „eine bedarfsgerechte Aufstockung der Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für sachgerecht“ hält.

Die Gemeinschaftsaufgabe (GA) mit ihrem Ziel, strukturschwache Gebiete und die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze in der Region zu fördern, ist bisher vor allem den ostdeutschen Ländern zugutegekommen. Zentraler Bestandteil war die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Auf welche Wirtschaftsbereiche bzw. Branchen konzentrierte sich in den letzten Jahren (2001 bis 2006) das GA-Fördersystem, und welche beispielhaften Projekte kann die Bundesregierung nennen?
2. Wie begründet die Bundesregierung die vorgesehene Kürzung der Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“?
3. Widerspricht die beabsichtigte Kürzung nicht den Handlungsnotwendigkeiten, die sich aus der im Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2006 gemachten Feststellung ergeben, in Ostdeutschland sei „ein selbst tragender Aufschwung noch nicht erreicht“, und wie begründet die Bundesregierung ihre Antwort?

4. Wie gestaltet sich der GA-Mittelabfluss im diesem Jahr?
5. Wie verteilen sich die bewilligten Fördermittel der Jahre 1990 bis 2006 auf große, mittlere und kleine Unternehmen (bitte einzelne Unternehmensgrößen für jedes Jahr einzeln ausweisen)?

Berlin, den 8. November 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion